

Spaniens Rückkehr zu einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik

Dieter Nohlen

Der überraschende Wahlausgang der spanischen Parlamentswahlen vom 14. März und die sich abzeichnenden politischen Folgen haben viele Fragen aufgeworfen. Im Mittelpunkt stehen zwei Fragen: Erstens die Frage nach der Bedeutung, die dem terroristischen Attentat in Madrid vom 11. März 2004 für den Ausgang der Cortes-Wahlen zuzuschreiben ist. Zweitens die Frage danach, in wieweit der durch den Wahlsieger José Luis Rodríguez Zapatero von der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) angekündigte Politikwechsel insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik als ein Nachgeben gegenüber dem internationalen Terrorismus zu verstehen ist. Nachdem nun mit größerer Sicherheit festzustehen scheint, dass der terroristische Anschlag von Madrid auf das Konto des islamistischen internationalen Terrorismus geht, ist die Meinung weit verbreitet, dass dieser Anschlag den Wahlausgang bestimmt habe und die Furcht vor dem islamistischen Terrorismus die Triebkraft des angekündigten Kurswechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik sei.

Eine schnelle Lektüre zeitlich ungewöhnlich komprimierter Ereignisse und Erklärungen legt eine solche Deutung nahe. Wann hat ein Volk jemals derart unmittelbar auf einen tief empfundenen Schmerz politisch sich äußern können? Wann hing jemals von der Täterschaft eines Massakers bzw. von darüber angestellten Mutmaßungen der Ausgang einer Parlamentswahl ab? Haben die spanischen Wähler deshalb halbinformiert und emotional entschieden? Hat der Wahlsieger dementsprechend spontan auf eine wenige Tage alte Lage reagiert? Mitnichten! Wähler und politische Akteure haben in einem Kontext gehandelt, der sich seit den Wahlen von 2000 herauszubilden begann, aus denen der Partido Popular (PP) unter José María Aznar mit der absoluten Mehrheit der Mandate hervorgegangen war.

Der spanische Wähler hat am 14. März mit einer Politik abgerechnet, die zwar sichtbare Erfolge in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht aufwies, aber seit Jahren von einer unterschwellig kritischen Grundhaltung begleitet wurde, die sich vor allem auf den Politikstil der PP-Regierung bezog. Vielen war die Arroganz der Macht, wie sie insbesondere vom Ministerpräsidenten José María Aznar verkörpert wurde, geradezu unerträglich geworden. Aznar traf einsame Entscheidungen, schlug den innenpolitischen Dialog aus und verweigerte parlamentarische Debatten über seine Politik. In der Irak-Frage missachtete er den Mehrheitswillen der Bevölkerung. Er lehnte es ab, Präsidenten der autonomen Regionen zu empfangen, die von der gegnerischen Partei gestellt wurden. Versäumnisse und Versagen ihrer Politik bemäntelte die konservative Regierung informationspolitisch in einer Weise, dass sich das Volk als belogen und betrogen betrachtete. Aznar verschärfte die innenpolitische Polarisierung, zumal jener zwischen Madrid und den historischen Nationalitäten der Basken und der Katalanen, und suchte daraus politisches Kapital zu schlagen. Insbesondere die Reduktion des baskischen Problems auf eine polizeiliche Bekämpfung des ETA-Terrorismus hatte wahlpolitisch günstige Auswirkungen. Darin hatte er die uneingeschränkte Unterstützung der politischen Rechten weit in das Lager der linken bürgerlichen Mitte hinein. Jene Politiker, die differenzierter ansetzten und politische Lösungen forderten, wurden diffamiert, wie überhaupt die Gegenrede der Regierung gegenüber der Opposition sich schließlich auf zwei Formen reduzierte: lächerlich machen oder beleidigen. Kurzum, Aznar gerierte sich als demokratisch legitimierter Despot.

Das Informationsmanagement von Seiten der Regierung nach dem Anschlag bestätigte zum einen, wie die Regierung zu Werke geht, um den Terrorismus der ETA politisch zu instrumentalisieren. Aus wahlpolitischen Gründen stand für sie fest, dass nur die ETA als Täterschaft in Frage komme. Dementsprechend scheute sie sich nicht, in alle Richtungen diese Hypothese als gültige Sprachregelung vorzugeben, u. a. von Seiten der Außenministerin

an die spanischen Diplomaten im Ausland, von Seiten des Präsidialamts an die internationalen Korrespondenten in Madrid und von Seiten Aznars höchst persönlich an die inländischen Chefredakteure aller Medien. Dabei muss man wissen, dass der Staat in Spanien einen erheblichen Einfluss auf die Medien ausübt, insbesondere auf das Fernsehen. Es war dann kein Wunder, dass nach dem Anschlag fast nur Regierungsvertreter in den Nachrichtensendungen zu sehen waren. Zum anderen aktivierte die Informationspolitik der Regierung all jene Vorbehalte ihr gegenüber, die sich auf ihren notorischen Mangel an Wahrhaftigkeit bezogen. In Erinnerung kamen die Beschönigungen und Lügen beim Absturz der Militärmaschine, die spanische Truppen von ihrem Einsatz in Afghanistan zurückbringen sollten, beim Tankerunglück der Prestige vor der galizischen Küste, bei der Rechtfertigung der völkerrechtswidrigen Kriegserklärung an den Irak, etc. Diese Erinnerung verfiel vor allem bei jener (überwiegend jungen) Wählerschaft, die durch die dramatischen Ereignisse und im Anschluss an die ungeheuren Massendemonstrationen, an denen ein Drittel der Bevölkerung teilnahm, zu den Wahlurnen drängte. Ohne die Vorgeschichte der Aznar-Regierung, ohne ihre Arroganz in der Machtausübung, die sich erneut in ihrer Informationspolitik zwischen Anschlag und Wahltag manifestierte, ohne die vom Anschlag ausgehende Mobilisierung gegen den Terrorismus, von welcher Seite er auch komme, lässt sich die mehrheitliche Wechselbereitschaft und somit der deutliche Wahlsieg Zapateros nicht erklären.

José Luis Rodríguez Zapatero hat noch in der Wahlnacht den Kurswechsel in der Außenpolitik angekündigt. Er will die spanischen Soldaten aus dem Irak zurückholen und Spanien wieder an Europa, d. h. an Deutschland und Frankreich heranführen. Er will auch das spanische Veto gegenüber dem europäischen Verfassungsvertrag, das sich an der dort vorgesehenen doppelten Mehrheit für Ratsentscheidungen festmachte, aufheben. Ob die Ankündigung des Rückzugs aus dem Irak unter den unmittelbar gegebenen Umständen eines terroristischen Anschlags politisch klug war, mag dahingestellt bleiben, rechtschaffen war es allemal. Denn diese politischen Zielsetzungen stehen im Wahlprogramm des PSOE. Sie wurden also längst vor dem Anschlag etabliert, und mit ihnen wurde für einen Wahlsieg des PSOE geworben. Zapatero gab zu verstehen, dass er sich nach dem Wahlsieg an sein Wahlprogramm gebunden sieht, wobei er andeutete, dass unter einem UNO-Mandat Spanien internationale Verpflichtungen im Irak zu tragen bereit sei. Es ist also völlig fehl am Platze, diesen angekündigten Kurswechsel als Nachgeben gegenüber dem internationalen Terrorismus zu interpretieren. Der Vorwurf ist besonders von jener Seite inakzeptabel, die bis zum Wahltag einen islamistischen Hintergrund des Anschlags leugnete. Neben der Konsistenz des angekündigten Kurswechsels mit dem Wahlprogramm ist des Weiteren zu berücksichtigen, dass Aznar mit seiner Politik des Schulterschlusses mit den USA und der Entfremdung von Europa den Konsensboden spanischer Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik in den vorhergehenden vier Jahren verlassen hatte. Der Kurswechsel ist folglich gleichbedeutend mit der Wiederherstellung jener internationalen Einbindung Spaniens in Europa und in die Welt, die den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg des Landes nach der Demokratisierung in den 1970er Jahren begründet haben.

Der nachfolgende Aufsatz vermittelt der Leserin und dem Leser diesen größeren Zusammenhang. Ende November 2003 abgeschlossen, stellt er nun eine Bestandsaufnahme spanischer Außen- und Sicherheitspolitik am Ende der achtjährigen PP-Regierungsperiode dar. In gekürzter Form wurde der Aufsatz veröffentlicht in der Festschrift für Wichard Woyke „Neues Europa – alte EU? Fragen an den europäischen Integrationsprozess“, herausgegeben von Johannes Varwick und Wilhelm Knelangen (Opladen: Leske + Budrich, 2004).

Dieter Nohlen und Andreas Hildenbrand

Steigt Spanien in die erste Liga auf? Zur Außen- und Sicherheitspolitik nach der Redemokratisierung

Spaniens internationale Position ist in den letzten beiden Jahrhunderten bis zur Redemokratisierung Mitte der 1970er Jahre durch zwei historische Prozesse bestimmt gewesen. Erstens durch den Verlust der Kolonien, beginnend mit der Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Länder in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und zu Ende geführt an dessen Ausgang in der im nationalen Bewusstsein als Ausdruck spanischer „Dekadenz“ (so der *topos* einer ganzen Literaturgattung) empfundenen militärischen Niederlage gegen die USA, die 1898 Kuba, Puerto Rico und die Philippinen der ehemals größten Kolonialmacht entrissen. Damit war Spaniens Niedergang als internationale Macht endgültig besiegelt. Zweitens durch den spanischen Bürgerkrieg, in welchem sich die großen Ideologien des 20. Jahrhunderts bei Intervention ausländischer Mächte militärisch austobten und dessen Ergebnis, das *Franco*-Regime, Spanien international weitgehend isolierte (s. Powell 1995).

Nach der Rückkehr des Landes zur Demokratie wurde zunächst die Isolation rasch überwunden, das Land nach einer ersten Phase, in der es sich als neutral verstehen wollte, mit großem Wohlwollen in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft aufgenommen. Die Beitritte zur NATO (1982) und zur EU (1986) sind sinnfälliger Ausdruck der neuen Verankerung Spaniens in einem europäischen und transatlantischen Kontext, in den es sich mit den eigenen außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen und Initiativen geschmeidig einfügte. Diese Politik hat gute Früchte getragen. Das rückständige Land hat wirtschaftlich aufgeholt und zu den westlichen Industrienationen aufgeschlossen. Im Zusammenhang dieser nachholenden Entwicklung konnte es einen immer stärkeren politischen Beitrag zur Entwicklung selbst der westlichen Staatengemeinschaft und ihrer Organisationen leisten. Dies ist allgemein anerkannt worden (s. Nohlen / Hildenbrand 2004).

In jüngster Zeit freilich hat es den Anschein, dass Spanien aus seinem Aufstieg unter den Nationen mehr politisches Kapital schlagen möchte. Seit die politische Rechte die Regierungsgeschäfte führt, will es sich - seiner selbst wieder bewusst - stärker national positionieren. Im sportlichen Bild gesprochen, soll Spanien in der ersten Liga spielen. Um diesen Aufstieg zu meistern, scheut die politische Rechte des Landes offensichtlich damit verbundene Konflikte innerhalb jener Staatengemeinschaft nicht, die seine bisherige Entwicklung gefördert hat. Schlaglichtartig wurde die internationale Öffentlichkeit dieser neuen Zielsetzung und Grundhaltung in der spanischen Außenpolitik im Zusammenhang der Irak-Krise gewahr, als der spanische Regierungschef, *José María Aznar*, die Politik der USA und Großbritanniens unterstützte und eine Gruppe von EU – Staaten und Beitrittsländern dazu bewog, ohne Absprache innerhalb der EU-Gremien eine entsprechende öffentliche Erklärung zugunsten der von *George W. Bush* und *Tony Blair* vertretenen Position abzugeben. Das Dreierbild bei der Pressekonferenz des Azoren-Treffens, auf welchem die USA, Großbritannien und Spanien quasi dem Irak den Krieg erklärten, zeigte den Spanier mit eigenem Rednerpult in der Mitte zwischen Bush und Blair und mochte gegenüber der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als habe *Aznar* das Ziel, Spanien in die erste Liga zu hieven, erreicht.

Diese Politik des Voluntarismus und des Scheins mit all ihren effektiven Begleiterscheinungen ist Anlass genug, nach den Grundlagen und der Entwicklung der spanischen Außen- und Sicherheitspolitik zu fragen. Ihre Schwerpunkte sind die EU-Staaten, die Mittelmeerländer und Lateinamerika. Ein bedeutendes Element bilden jedoch traditionell die bilateralen Beziehungen zu den USA. An ihnen lässt sich am ehesten der Wandel in der internationalen Politik Spaniens festmachen. Er begann sich, wie schon gesagt, seit Mitte der 1990er Jahre mit der Ablösung der Regierung *Felipe González* von der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) durch die Regierung *José María Aznar* von der Volkspartei (PP) abzuzeichnen. Mit der Wiederwahl von *Aznar* im Jahr 2000, als der PP nun sogar die absolute Mandatsmehrheit in den Cortes erreichte und der Ministerpräsident selbst sich mehr um die Außenpolitik zu kümmern begann, kam der Wandel dann vollends zur Geltung. Er korrespondiert mit einer innenpolitischen Polarisierungspolitik von Seiten des PP, welche sich entschieden von der Konsensstrategie abkehrte, die die Wiederbegründung der Demokratie südlich der Pyrenäen ermöglichte. Die neue Außen- und Sicherheitspolitik fußt demnach auf einem gewandelten Politikverständnis, das an alte Traditionen der klassischen politischen Rechten in Spanien anknüpft, die *Aznar* in seinem Regierungsstil wieder aufleben ließ.

1. Europapolitik

Seit dem EU-Beitritt sind die EU-Angelegenheiten und die einzelnen EU-Mitgliedstaaten das wichtigste Aktionsfeld der spanischen Außenpolitik. Anders als beim NATO-Beitritt herrschte bei der Frage der Integration Spaniens in die EU politische Einmütigkeit. Alle relevanten Parteien hatten sich stets für die Mitgliedschaft in der EU ausgesprochen und stimmten ihr auch in den Cortes zu. Der Anpassungsprozess verlief nicht konfliktfrei, stellte aber die grundsätzliche Pro-EU-Haltung des Landes nicht in Frage. Auf der Ebene von Meinungsumfragen (siehe Eurobarometer) sind es regelmäßig die Spanier, welche zusammen mit den Iren, Portugiesen, Griechen und Holländern die Zugehörigkeit zur EU am positivsten einschätzen. 2001 bewerteten die befragten Spanier die EU-Mitgliedschaft zu 57 % als gut und zu 7 % als schlecht (Deutschland 45 % bzw. 11 %). In dieser positiven Bewertung kommt gewiss zum Ausdruck, dass sich die EU-Mitgliedschaft für das rückständige Spanien wirtschaftlich ausgezahlt hat. Es konnte insbesondere von den EU-Hilfen für die Regionalentwicklung und die Landwirtschaft profitieren. Das Land fühlt sich nicht nur, es ist im Entwicklungsstand in Europa angekommen.

Spanien rechnet sich aber auch einen gehörigen Beitrag zur europäischen Integration zu. Von Anfang an zur Euro-Zone gehörend, hat es mit seiner soliden Wirtschaftspolitik zum Gelingen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) beigetragen. Des Weiteren schreibt es sich das Verdienst zu, dass sich seit seiner EU-Zugehörigkeit die Beziehungen der EU mit Lateinamerika intensiviert haben und die Belange des Mittelmeerraums, die angesichts der zunehmenden Ost-Orientierung der EU aus dem Blickfeld zu geraten drohten, in den EU-Institutionen angemessen vertreten blieben. Bei allen seinen bisherigen Präsidentschaften des EU-Rats (1. Halbjahr 1989, 2. Halbjahr 1995, 1. Halbjahr 2002) hat Spanien in beiden Bereichen stets wichtige Initiativen ergriffen, auf die gleich noch zurückzukommen sein wird. Spanien spielt auch eine aktive Rolle in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Nach der Reform der Regelungen über die GASP im Vertrag von Amsterdam von 1997 war es der ehemalige spanische Außenminister *Javier Solana*, der im Oktober 1999 zum ersten Inhaber des neu geschaffenen Amtes des Hohen Vertreters für die GASP ernannt wurde. Zugleich wurde *Solana* Generalsekretär des Rats der EU und im November desselben Jahres auch Generalsekretär der Westeuropäischen Union (WEU).

Als nationale Interessen im europäischen Integrationsprozess werden in der spanischen Öffentlichkeit vor allem zwei politische Ziele definiert: die Aufrechterhaltung der Höhe der Zuweisungen aus den EU-Fonds an Spanien, unabhängig von der Erweiterung der EU und einer neuen Lastenübernahme, sowie die Sicherung einer leicht erreichbaren Sperrminorität. Dieses letzte Ziel, vor allem die Intensität, mit der es in der europapolitischen Debatte in Spanien vertreten wird, verrät viel über die vorherrschende Integrationsphilosophie, die mit der PP Überhand nahm: nicht aktiv mitgestalten, sondern blockieren bzw. mit Hilfe des Vetos nationale Gewinne aus den Zustimmungsverfahren ziehen. Hinsichtlich des ersten Ziels konnte Spanien bei zahlreichen EU-Politiken bislang seine nationalen Interessen erfolgreich vertreten. Dies gilt zum einen für die Landwirtschafts- und Fischereipolitik, wo Spanien häufig in Allianz mit Frankreich handelt. Zum anderen sicherte sich Spanien im März 1999 bei den Verhandlungen des Berliner EU-Gipfels über die Agenda 2000 die Kontinuität seiner hohen Beteiligung an den Finanzhilfen der EU-Regionalpolitik. Neu ist allerdings, dass unter den PP-Regierungen die nationalen Interessen mit außerordentlicher Härte vertreten wurden, was im Zusammenhang der Tatsache, dass Spanien EU-Haupt-Nettoempfänger und Deutschland EU-Haupt-Nettozahler ist, das Verhältnis zu Deutschland belastete. Insbesondere auf dem genannten Berliner EU-Gipfel kam es zu „Missklängen“ zwischen dem spanischen Regierungschef *José María Aznar* (Volksparteiler) und Bundeskanzler *Gerhard Schröder* (Sozialdemokrat), welche zu einer merklichen Abkühlung der spanisch-deutschen Beziehungen führten. Trotz der beiderseitigen Bemühungen um eine Verbesserung haben diese Beziehungen bislang nicht das konstruktive und auch für die europäische Entwicklung außerordentlich fruchtbare Niveau erreicht, wie es zur Amtszeit der durch Freundschaft verbundenen Staatsmänner *Felipe González* (Sozialist) und *Helmut Kohl* (Christdemokrat) bestand. Auch im Zusammenhang der Kosten der EU-Osterweiterung ab 2004, die unter Berücksichtigung all ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Vor- und Nachteile von der Regierung und den Bürgern Spaniens befürwortet wird, will Spanien seine Interessen als Hauptempfänger der Hilfen der EU-Regionalpolitik gewahrt wissen. Bei der noch auszuhandelnden Verteilung der finanziellen Ressourcen der EU-Strukturfonds ab 2007 unter den nunmehr 25 Mitgliedstaaten, ist die PP-Regierung nicht bereit, eine Lösung zu akzeptieren, welche die Kosten der Aufnahme der zahlreichen unterentwickelten Regionen der Beitrittsstaaten in diese Fonds übermäßig durch eine Reduzierung der spanischen Beteiligung finanziert. Hinsichtlich des zweiten Ziels ist zunächst von Bedeutung, dass Spanien seit Beginn seiner EU-Mitgliedschaft eine relativ hohe Bedeutung innerhalb der EU-Institutionen besaß (Stimmen im EU-Rat, Zahl der EU-Kommissare). Mit dem Vertrag von Nizza von 2001 hat diese Bedeutung zugenommen, denn die Neuverteilung der Stimmen im EU-Rat auf die einzelnen Mitgliedstaaten, die sich am gewichteten Anteil der Bevölkerung an der EU-Gesamtbevölkerung orientiert, hat Spanien 27 der insgesamt 345 Stimmen eingebracht (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien je 29). Spanien hat es nun leichter als vorher, in den Bereichen, die mit der qualifizierten Mehrheit des Rates entschieden werden, eine Sperrminorität zusammenzubringen, um seinen nationalen Interessen widersprechende Initiativen zu Fall zu bringen. Diese Sperrminorität, beispielsweise gegen eine gemeinsame Position Deutschlands, Frankreichs und einiger anderer EU-Staaten, kann Spanien mit Polen (27 Stimmen) und zusätzlich vier weiteren Beitrittsländern (oder mit einigen dieser Länder zusammen mit Portugal und/oder Griechenland) erreichen; allesamt Staaten, mit denen Spanien in der Agrar- und Regionalpolitik der EU und zum Teil auch außenpolitisch (u. a. Polen) gemeinsame Interessen besitzt. Allerdings wird Spanien diese Stärkung seines Einflusses im EU-Rat voraussichtlich nur bis 2009 nutzen können. Der im Juni 2003 vorgelegte Entwurf der EU-Verfassung sieht vor, dass danach die Entscheidungen des EU-Rats von einer Mehrheit der Staaten getroffen werden, die zugleich 60 % der EU-Bevölkerung stellen. Aufgrund dieser neuen Entscheidungsregel, welche die Stimmenzahl eines Mitgliedstaates vom direkten Anteil

seiner Bevölkerung an der EU-Bevölkerung abhängig macht, erschwert es Spanien künftig sehr, eine Sperrminorität zustande zu bringen. Deshalb wurde die Neuregelung von der PP heftig kritisiert und in den Medien als Niederlage Spaniens dargestellt.

2. Mittelmeerpolitik

Der Mittelmeerraum ist eine weitere Großregion, in der das Engagement der spanischen Außenpolitik hoch ist. So spielt auf multilateraler Ebene Spanien eine wichtige Rolle bei der Mittelmeerpolitik der EU sowie bei den auf diesen Raum bezogenen Initiativen der NATO und WEU. Es war kein Zufall, dass zur Zeit der zweiten EU-Präsidentschaft Spaniens in Barcelona im November 1995 die erste EU-Mittelmeerkonferenz abgehalten wurde. In der Erklärung von Barcelona wurde der Mittelmeerraum als gemeinsamer Raum des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit definiert, und man vereinbarte die Schaffung einer gemeinsamen prosperierenden Wirtschaftszone und einer Freihandelszone bis zum Jahr 2010. Für die Verwirklichung dieser Ziele wurde für die Kooperation der EU mit den zwölf Ländern des südlichen Mittelmeerraums als Finanzierungsinstrument das MEDA-Programm (MEDA I 1995-99, MEDA II 2000-06) aufgelegt. Allerdings brachten die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Nahen Osten den so genannten Prozess von Barcelona weitgehend zum Erliegen und überschatteten auch das fünfte euro-mediterrane Gipfeltreffen, das unter der dritten EU-Präsidentschaft Spaniens im April 2002 in Valencia veranstaltet wurde und nur bescheidene Ergebnisse brachte. Bezüglich des Nahost-Konflikts hat sich Spanien stets aktiv für eine friedliche Verhandlungslösung zwischen Israelis und Palästinensern eingesetzt, was u.a. ermöglichte, dass das Land 1991 in Madrid Gastgeber der ersten Friedenskonferenz war.

Bei den bilateralen Beziehungen Spaniens zu den Mittelmeerländern sind die Maghreb-Staaten (Marokko, Algerien, Tunesien) aufgrund der direkten Nachbarschaft und der dortigen spanischen Präsenz in den Enklaven Ceuta und Melilla von strategischer Bedeutung für die spanische Außenpolitik. An der politischen und wirtschaftlichen Stabilität dieser Staaten hat Spanien folglich ein besonders grosses Interesse. Insbesondere gilt dies für das Verhältnis zu Marokko, schon aus geographischen (in der Meerenge von Gibraltar reicht es bis 14 km an das spanische Festland heran) und historischen Gründen (u. a. spanisches Protektorat in Nord-Marokko von 1912 bis 1956), aber auch aufgrund der steigenden spanischen Investitionen in Marokko und den intensiver werdenden Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten. Ebenso besteht seit 1991 ein Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Kooperation, auf dessen Grundlage Marokko zu einem der bedeutendsten Empfänger der öffentlichen Entwicklungshilfe Spaniens wurde. Allerdings haben Marokko und Spanien bei einigen Fragen unterschiedliche Interessen und Positionen, was beiden Seiten zur Wahrung des friedlichen und konstruktiven Verhältnisses eine intelligente Diplomatie abverlangt. Zu diesen kontroversen Fragen gehört zum einen der Konflikt um die bis 1976 zu Spanien gehörende und 1979 von Marokko besetzte Westsahara. Spanien plädiert, sofern die Befreiungsbewegung Polisario und die marokkanische Regierung auf dem Verhandlungsweg keine Einigung erzielen, letztlich für das durch UN-Resolutionen abgestützte Selbstbestimmungsrecht des westsaharischen Volkes und die Abhaltung eines Referendums, während Marokko – unterstützt von den USA, Frankreich und Großbritannien - für einen Autonomiestatus der Westsahara innerhalb des marokkanischen Staates eintritt. Zum anderen lehnt Spanien die Ansprüche Marokkos bezüglich der Städte Ceuta und Melilla ganz entschieden ab (dazu gleich mehr), obwohl nicht recht begriffen werden kann, in wieweit Marokkos Ansprüche unbegründet, die Spaniens auf Gibraltar jedoch legitim sein sollen. Weitere Probleme bilden der aus und über Marokko erfolgende Zustrom von illegalen Einwanderern und Drogen sowie die Konfliktfälle in der Fischerei (u.a. Beschlagnahme von in marokkanischen Gewässern fischenden spanischen Booten) und der Landwirtschaft, in der

zahlreiche Produkte beider Länder miteinander konkurrieren (u. a. Zerstörung marokkanischer Gemüseimporte durch spanische Bauern). Zwischen 2000 und 2002 ergab sich eine deutliche Verschlechterung der spanisch-marokkanischen Beziehungen, die mit dem Abzug der jeweiligen Botschafter und der Besetzung der Petersilieninsel durch Marokko im Juli 2002 ihren Tiefpunkt erreichten. Die Krise gab die Chance, über die Interessen beider Länder an guten Beziehungen nachzudenken: Spanien ist vor allem an Sicherheit interessiert, Marokko an der Brückenfunktion Spaniens zu Europa. Seit Anfang 2003 haben sich mit der Rückkehr der Botschafter die Beziehungen wieder normalisiert und beide Seiten bemühen sich um eine Reaktivierung ihrer auf zahlreichen Gebieten bestehenden Kooperationen.

3. Lateinamerika-Politik

Zu Lateinamerika hat Spanien besonders enge historische, sprachliche, kulturelle und gefühlsmäßige Bindungen. Spanien war über Jahrhunderte hinweg in den meisten Staaten Süd- und Mittelamerikas Kolonialmacht und das Spanische ist die führende Sprache in diesem Raum mit einer ungebrochenen Dynamik in Richtung Norden. Die Nordamerikaner hispanischen Ursprungs (2001: 37 Millionen, d. h. 12,6 % der US-Bevölkerung) sind mittlerweile vor den Afroamerikanern zur größten Bevölkerungsminderheit der USA aufgerückt und ihre Zahl wird infolge der hohen Geburtenrate bis Mitte des 21. Jahrhunderts voraussichtlich auf ca. 98 Mio. ansteigen.

Die historischen Beziehungen Spaniens zu Lateinamerika sind jedoch keineswegs unbelastet und vorurteilsfrei. Unter dem *Franco*-Regime haben sie sehr gelitten. Lateinamerika war Auffangbecken für in die Flucht getriebene Republikaner. Die Redemokratisierung, der friedliche Regimewechsel, haben Modellcharakter für Lateinamerika gehabt und die Bande zwischen der alten Kolonialmacht und den um demokratische Transition kämpfenden lateinamerikanischen Ländern wieder enger werden lassen. Die EU-Integration hat die Chancen Spaniens erhöht, in Lateinamerika als gewichtiger Partner aufzutreten. Zunächst hatten die lateinamerikanischen Länder nicht recht eingesehen, weshalb ihre teilweise engen Beziehungen zu anderen europäischen Ländern nun durch Spanien, dessen Vertretern in Lateinamerika gerne koloniale Attitüden nachgesagt werden, mediatisiert werden sollten. Die EU räumte jedoch Spanien eine Vorrangstellung in der Formulierung und Vertretung ihrer Lateinamerikapolitik ein, die von Seiten der ehemaligen Kolonialmacht gerne als Exklusivität verstanden und gehandhabt wird.

Mittlerweile ist Spanien auch zum grössten Investor auf den lateinamerikanischen Märkten aufgestiegen. Den subregionalen Integrationsprozessen in Lateinamerika (Mercosur, Anden-Gruppe) schenkt die spanische Außenpolitik besondere Aufmerksamkeit. Auch ist Spanien treibende Kraft der seit 1991 jährlich stattfindenden Gipfeltreffen der iberoamerikanischen Staats- und Regierungschefs, welche ein wichtiges Forum für den politischen Dialog und die Vereinbarung von Kooperationsprogrammen bieten. Beispiele für derartige Programme liefern u.a. das Iberoamerikanische Entwicklungsprogramm für Wissenschaft und Technologie, das Kooperationsabkommen über das Bildungsfernsehen oder das Kooperationsprogramm zur Alphabetisierung, Programme, welche 1991 auf dem Gipfel von Guadalajara (Mexiko) verabschiedet wurden. Hervorzuheben ist ferner, dass 1999 während des Gipfels in La Habana die Gründung des Sekretariats für iberoamerikanische Zusammenarbeit mit Sitz in Madrid beschlossen wurde.

Bemerkenswert ist die durch Spanien bewirkte Neu-Orientierung der EU-Außenbeziehungen. Vor dem EU-Beitritt konzentrierten diese sich auf die AKP-Staaten, Lateinamerika hingegen fand nur geringe Beachtung. Seitdem hat sich dies grundlegend geändert. In der Tat hat sich Spanien stark für den Ausbau der Beziehungen der EU mit den süd- und mittelamerikanischen

Staaten eingesetzt. Die diesbezüglichen Initiativen haben u. a. dazu beigetragen, dass die EU die Situation der lateinamerikanischen Staaten im Rahmen des allgemeinen Präferenzsystems verbesserte, ihnen den Zugang zur Europäischen Investitionsbank (EIB) eröffnete und auf regionaler Ebene ein politischer Dialog institutionalisiert wurde. Dieser Dialog vollzieht sich im Rahmen der Gipfeltreffen zwischen der EU und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik (erster Gipfel 1999 in Rio de Janeiro) sowie den regelmäßigen Konferenzen der EU mit der Rio-Gruppe und der zentralamerikanischen San José-Gruppe. Auch am Zustandekommen der Assoziationsabkommen der EU mit Mexiko (1997) und Chile (2002) war Spanien maßgeblich beteiligt. Das im November 2002 vereinbarte Assoziationsabkommen EU - Chile wurde im Mai desselben Jahres zur Zeit der zweiten EU-Präsidentschaft Spaniens auf dem zweiten Gipfel EU-Lateinamerika-Karibik in Madrid endgültig unter Dach und Fach gebracht. Kern des Abkommens, das auch eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Politik und Wissenschaft vorsieht, ist die Errichtung einer Freihandelszone EU-Chile. All dies belegt, wie bedeutungsvoll Spanien für die europäische Politik gegenüber Lateinamerika geworden ist.

In dem Maße, wie Spanien außenpolitisch stärker eigene Wege beschreiten will, sollte die EU freilich überlegen, ob sie ihre Repräsentanz in Lateinamerika weiterhin derart überwiegend Spanien überlassen will. Regierungschef *Aznar* hat u. a. versucht, in Verkennung der lateinamerikanischen Empfindsamkeit gegenüber der regionalen Hegemonialmacht, die lateinamerikanischen Länder in die „Koalition der Willigen“ einzuschließen, ist dabei allerdings kläglich gescheitert. In Mexiko hat ihm Präsident *Vicente Fox* nicht einmal eine gemeinsame Pressekonferenz gewährt. Im UN-Sicherheitsrat gelang es den USA nicht, Chile und Mexiko auf die Kriegsseite zu ziehen. Des Weiteren hat sich die Kuba-Politik der *Aznar*-Regierung in den letzten Jahren der US-amerikanischen sehr angenähert. Lateinamerika sucht in den Beziehungen zu Europa jedoch just eine Alternative zu den USA. Auch den europäischen Interessen in Lateinamerika tut die neue Madrider Orientierung, die sich in der Rolle Spaniens als Juniorpartner der USA kristallisiert, nicht gut. In der Lateinamerikapolitik können die Interessenlagen Spaniens und die anderer EU-Mitgliedsländer in der Tat leicht auseinanderdriften (s. Barbé 2000: 56).

4. Bilaterale Beziehungen

Im Folgenden werden wir nur einige wenige bilaterale Beziehungen betrachten, die im letzten Jahrzehnt der spanischen Außen- und Sicherheitspolitik große Aufmerksamkeit abverlangten.

4.1 USA

An erster Stelle stehen die bilateralen Beziehungen zu den USA. Sie waren seit langen ein wichtiges und entwickelten sich jüngst zu einem vorrangigen Handlungsfeld der spanischen Außenpolitik. Nachdem beide Staaten im Krieg von 1898 (Verlust der Kolonien Kuba, Puerto Rico und Philippinen) kurzfristig militärische Gegner waren, erfolgte im Rahmen des Ost-West-Konflikts bereits unter dem *Franco*-Regime ein wichtiger Schritt zur Belebung der Beziehungen. 1948 wurde Spanien in den Marshall-Plan einbezogen. Die verteidigungspolitische Zusammenarbeit begann im September 1953, als ein Militärabkommen geschlossen wurde. Zugleich unterzeichnete man ein Abkommen über Wirtschaftshilfe und ein Abkommen über technische Hilfe. Angesichts der politischen Vorbehalte gegenüber dem *Franco*-Regime wurde ein Beitritt Spaniens zur NATO allerdings nicht ins Auge gefasst. Ein Stützpunktabkommen gewährte den USA drei Luftstützpunkte (Torrejón bei Madrid, Sanjurjo-Valenzuela bei Zaragoza, Morón bei Sevilla) und einen Flottenstützpunkt für Atom-U-Boote bei Rota (Cádiz) auf spanischem Gebiet. Im Gegenzug

erhielt Spanien während der Geltung (1953-63) des ersten Militärabkommens eine Militärhilfe von 524,2 Mio. US-\$ und seine Streitkräfte wurden modernisiert. Diese Zusammenarbeit führte dazu, dass die spanische Bevölkerung die USA als engen Verbündeten des *Franco*-Regimes wahrnahm. Nach der Verlängerung des Militärabkommens wurde im Januar 1976 der Vertrag über Freundschaft und Kooperation unterzeichnet, der die militärischen Zusammenarbeit politisch aufwertete und u. a. auch den Abzug der Atom-U-Boote aus Rota ab Januar 1979 festlegte. Nachdem die UCD-Regierung im Juli 1982 ein weiteres, für fünf Jahre gültiges Militärabkommen mit den USA geschlossen hatte, unterzeichnete im Dezember 1988 die PSOE-Regierung ein ab 1989 für die Dauer von acht Jahren geltende Militärabkommen. Es führte zum Abbau des amerikanischen Militär- und Zivilpersonals und zur Schliessung der bei Madrid und Zaragoza gelegenen Stützpunkte, so dass ab 1992 die USA nur noch zwei Stützpunkte (Rota, Morón) in Spanien besaßen. Das Abkommen garantierte, daß das amerikanische Kommando seine Aktivitäten den allgemeinen Richtlinien der spanischen Regierung unterzuordnen hatte. So kann die "Einführung, Lagerung und Stationierung" von Atomwaffen auf spanischem Territorium nur mit Einwilligung der spanischen Regierung erfolgen. Spanien verbietet auch ein Überfliegen seines Territoriums durch US-Flugzeuge mit Atomwaffen. Trotz dieser Regelung - einer der Hauptstreitpunkte der bilateralen Verhandlungen (die USA wollten Handlungsfreiheit bei der Einführung von Atomwaffen) - verblieb Spanien ein nukleares Risiko: Das Abkommen sah vor, dass beide Seiten nicht nach der Art von Waffen fragen werden, welche die in ihren Häfen festmachenden Kriegsschiffe an Bord haben. Während des Golfkrieges 1991 erlaubte die spanische Regierung zur logistischen Unterstützung der multinationalen Koalition den amerikanischen B-52-Bombern die Benutzung der Militärbasis Morón. 1986 allerdings, als US-Präsident *Ronald Reagan* die Bombardierung Libyens anordnete, war diese Genehmigung nicht erteilt worden. Die Existenz der US-Militärbasen auf spanischem Territorium wird von Teilen der andalusischen Bevölkerung sowie einigen politischen Parteien (Vereinigte Linke, IU) und sozialen Kräften (pazifistische und ökologische Gruppen) abgelehnt und lieferte seinerzeit den Kristallisationspunkt für den Slogan „Nato nein, Basen raus“ („*OTAN no, bases fuera*“) des Widerstands gegen die NATO-Mitgliedschaft. Eine grundsätzlich kritische Einstellung der spanischen Bevölkerung gegenüber den USA blieb aufgrund der historischen Vorbelastungen aufrechterhalten. 1985 waren nur 13% der Spanier der Meinung, die USA seien ein „loyaler und aufrichtiger Freund“ Spaniens, 74% der Befragten lehnten diese Aussage ab.

Seit der Rückkehr Spaniens zur Demokratie und seit seinem Beitritt zur NATO verstärkten sich die bilateralen Beziehungen und fanden mehr Zuspruch bei der Bevölkerung, erstens begünstigt durch die europäische Einbindung des Landes, welche die weitere Annäherung als Nebenprodukt des europäischen Integrationsprozesses politisch annehmbarer machten, zweitens durch die veränderte Sicherheitslage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, welche bei den vermehrten UN-Friedenseinsätzen auch spanischer Truppen eine engere Regierungszusammenarbeit unvermeidlich werden ließ. Nach dem Regierungswechsel von 1996 trat Spanien im folgenden Jahr den NATO-Militärstrukturen bei. Damit wurden erstmals spanische Streitkräfte dem amerikanischen Oberkommandierenden der NATO in Europa unterstellt, was in der spanischen Öffentlichkeit aufgrund der gewandelten Einschätzung gegenüber dem Militärbündnis - dessen multilateraler und auch europäischer Charakter stärker wahrgenommen wurde - nicht weiter problematisiert wurde. Kurz: Der Wandel der spanisch-US-amerikanischen Beziehungen vollzog sich im Kontext einer auf die europäische Option hin orientierten spanischen Außenpolitik.

Dies änderte sich jedoch mit der Wiederwahl *José María Aznars* und der Wahl des neokonservativen *George W. Bush* zum amerikanischen Präsidenten. *Aznar* setzte auf die US-amerikanische Karte und nahm in Kauf, gegebenenfalls die Vorbehalte der spanischen Bevölkerung gegenüber der Führungsmacht in der Welt wieder anzufachen. Die bilateralen

Beziehungen erreichten nun ein zuvor nie erreichtes Maß an Vertrauen, Freundschaft und Interessenübereinstimmung. In diesem Kontext und unter dem Schock der Attentate islamischer Fundamentalisten am 11. September 2001 in New York und Washington wurde im April 2002 ein neues bilaterales Verteidigungsabkommen unterzeichnet, das die bisherige sicherheitspolitische Kooperation beider Staaten intensiviert und thematisch erweiterte. Neben den Bestimmungen über die Militärbasen enthält es u. a. auch Vereinbarungen über die Zusammenarbeit der militärischen Nachrichtendienste, der Polizei- und Sicherheitskräfte bei der Terrorismusbekämpfung und die Kooperation im Bereich der Rüstungsindustrie und -technologie. Mit aller Deutlichkeit zeigte sich der Schulterschluss der spanischen Regierung mit der *Bush*-Administration im Irak-Krieg im Frühjahr 2003, als Spanien gegen den (laut Umfragen) Willen von 90% seiner Bevölkerung an der Seite Großbritanniens sowie mit Schützenhilfe einiger EU-Beitrittsländer (u. a. Polen) die militärische Intervention im Irak unterstützte. Zu Beginn des Irak-Kriegs nahm die spanische Bevölkerung in spektakulären Massenkundgebungen gegen die Politik *Aznars* und gegen die USA Stellung. Auch die US-Militärbasen gerieten wieder zur politischen Streitfrage. Der entscheidende Wandel liegt demnach darin, dass die politische Rechte von den europasensiblen und -gestützten Beziehungen zu den USA der Vorgängerregierungen von PSOE und UCD abrückte und im Prinzip das frankistische Beziehungsmuster (enge Zusammenarbeit bei Ablehnung durch die Bevölkerung) in der gewiss fehlerhaften Annahme wieder herstellte, Spanien könne sich nun außerhalb der EU (oder sogar gegen den Integrationsprozess gerichtet) international auf einer Augenhöhe mit den USA bewegen. Es ist jedoch ein pures Abhängigkeitsverhältnis. Die spanische Regierung übernahm die angloamerikanische Begründung des Präventivkriegs, verneinte die Verletzung internationalen Rechts und gibt vor, dass das spanische militärische Engagement bei der Okkupation des Iraks durch die UN gedeckt sei. Sie betreibt eine Vogel-Strauß-Politik, die das Land nicht nur von den kritischen europäischen Partnern weiter isoliert, sondern auch von den politischen Realitäten. Glück hatte *Aznar* bei den Gemeinde- und Autonomiewahlen vom Mai 2002, die so terminiert waren, dass sie nach dem militärischen Sieg der USA und Großbritanniens stattfanden und vor der Erfahrung, dass der Frieden damit nicht gewonnen wurde. So fiel der Denkmittel durch den Wähler ins Wasser, den die Massenproteste gegen den *Bush*-Krieg hatten erwarten lassen. Man wird sehen, wie sich die Dinge entwickeln, wenn die ersten spanischen Opfer der Okkupationsstreitmacht zu beklagen sein werden. Eine Argumentationslinie *Aznars* zeichnet sich bereits ab: es sind Opfer im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. In diesem Kampf stehen Spanien und die USA ohnehin Seite an Seite, seit *Aznar* den Versuch aufgegeben hat, den ETA-Terrorismus im eigenen Land politisch zu beenden und seine Bekämpfung nun zu internationalisieren sucht.

4.2 Großbritannien

Über Jahrhunderte ist Großbritannien der große Kontrahent Spaniens gewesen. Der Sieg über die mächtige spanische Armada eröffnete Großbritannien den Weg zum Commonwealth. Auch wenn die neuen europäischen Wirklichkeiten, zumal jene der EU und der NATO, Spanien und Großbritannien als Partner und gelegentlich in enger politischer Nähe sehen (vor allem wenn es darum geht, sich deutsch-französischer Ideen und Initiativen zu erwehren), so bleibt ein Relikt aus der Kolonialzeit die entscheidende Streitfrage zwischen beiden Ländern: der Felsen von Gibraltar. Immer wieder forderten die spanischen Regierungen eine Rückgabe Gibaltars, das seit dem Frieden von Utrecht 1713, der den Spanischen Erbfolgekrieg (1701-1713/14, 1704 Eroberung des Felsens durch die Engländer) beendete, unter britischer Souveränität steht. Das nur 6,5 qkm große und 2001 etwa 27.600 Einwohner zählende Territorium war ab 1830 Kronkolonie. Seit der Verfassung von 1969 genießt es innenpolitische Autonomie, für die Verteidigungs- und Außenpolitik sowie die innere

Sicherheit und (teilweise) Verfassungsfragen ist aber weiterhin Großbritannien zuständig. Zugleich ist Gibraltar ein Nuklearstützpunkt des britischen Militärs in der geostrategisch wichtigen Meerenge am Ausgang des Mittelmeeres.

Die trotz des UN-Drucks (Resolution 2070 von 1965) strikte Weigerung Großbritanniens, die Frage der Souveränität über Gibraltar als Verhandlungsgegenstand anzuerkennen, wurde von *Franco* mit verschiedenen Gegenreaktionen beantwortet. Sie gipfelten darin, dass Spanien 1969 seine Grenze zu Gibraltar schloss. Bereits 1967 hatte Großbritannien ein Referendum abgehalten, in dem sich 95,8 % der Wahlberechtigten Gibaltars für den Verbleib bei Großbritannien und nur 44 Wähler für den Anschluss an Spanien ausgesprochen hatten. Die Redemokratisierung Spaniens und der neue Kontext von EU-Beitritt und NATO-Mitgliedschaft haben auch in der Gibraltar-Frage gewisse Wandlungen ermöglicht. Spanien öffnete 1982 teilweise und 1985 vollständig den Grenzübergang. Einen wesentlichen Fortschritt erbrachte das im Dezember 1984 geschlossene Abkommen von Brüssel, in dem sich die britische Regierung erstmals seit dem Frieden von Utrecht dazu bereit erklärte, die zwischen Großbritannien und Spanien bestehenden Differenzen über die Souveränität Gibaltars auf dem Verhandlungswege zu klären. Frucht dieser Annäherung war das Anfang Dezember 1987 erzielte spanisch-britische Abkommen über die gemeinsame Nutzung des Flughafens von Gibraltar. In Gibraltar selbst fand dies aber nur wenig Anklang. Aus Protest trat der seinerzeitige Premierminister von Gibraltar, *Sir Joshua Hassan*, im gleichen Monat zurück. Ferner siegte bei den Parlamentswahlen in Gibraltar vom 24. März 1988 die antispanische *Gibraltar Socialist Labour Party* (GSLP) unter Führung von *Joe Bossano* mit absoluter Mehrheit.

Auf der Basis des Brüsseler Abkommens kam es in den 1990er Jahren zu einer fortgeschrittenen Kooperation in wirtschaftlichen, kulturellen oder touristischen Fragen, in der zentralen Frage der Souveränität Gibaltars aber standen sich die Rechtsstandpunkte weiterhin unverändert gegenüber. Spanien betrachtet Gibraltar als koloniales Überbleibsel, dessen Zukunft letztlich in der Reintegration in das spanische Territorium liegt. Die Argumente hierfür sind zum einen die Tatsache, dass die UN-Generalversammlung auf Empfehlung des Ausschusses für besondere politische Fragen und Entkolonialisierung bereits mehrfach (zuletzt im Dezember 1995) Beschlüsse über die Lösung des Gibraltarproblems getroffen hat, zum anderen der Vertrag von Utrecht, der im Falle des Verkaufs oder einer andersartigen Veräußerung Gibaltars durch die britische Krone ausdrücklich das Recht der Erstoption Spaniens erwähnt. Großbritannien hingegen beharrte stets darauf, dass ohne den Willen der Bevölkerung Gibaltars eine Rückgabe an Spanien nicht in Frage kommt.

Erst im Juli 2002 konnten nach langwierigen Verhandlungen Großbritannien und Spanien eine gewisse Annäherung ihrer Standpunkte über die Zukunft Gibaltars erreichen, als man sich auf den Vorschlag eines Kondominiums, d. h. einer künftig zwischen beiden Staaten geteilten Souveränität geeinigt hatte. Großbritannien verschanzte sich nun nicht mehr hinter dem Argument, dass gemäß der Verfassung Gibaltars dessen Status nicht ohne die vorherige Zustimmung der gibraltarenischen Bevölkerung verändert werden könne, sondern war zur Unterzeichnung eines Kondominium-Abkommens bereit, dessen praktische Umsetzung freilich a posteriori ein Referendum der Gibaltaner erfordere. Andererseits war Spanien, dessen Endziel die Erlangung der vollen Souveränität über Gibraltar ist, nunmehr gewillt, ein Abkommen über die geteilte Souveränität zu unterzeichnen. Gibaltars Premierminister, *Peter Caruana*, dessen Ziel es ist, durch eine Verfassungsreform das Recht Gibaltars auf Selbstbestimmung zu verankern, reagierte mit der Abhaltung des weder von Großbritannien noch von Spanien als legal anerkannten Referendums vom 7. November 2002. In ihm wurde mit 98,9 % der Stimmen (nur 187 dafür) der Vorschlag der geteilten Souveränität abgelehnt. Es ist nicht zu erkennen, wie in naher oder mittelfristiger Zukunft die traditionelle Streitfrage zwischen beiden Ländern beigelegt werden kann

4.3 Marokko

Den Parallellfall zu Gibraltar bilden die als Exklaven auf nordafrikanischem Territorium gelegenen und zu Spanien gehörenden Städte Ceuta und Melilla. Ceuta, 19 qkm und 2001 etwa 75.700 Einwohner, das 1415 durch die Portugiesen von den Moslems erobert wurde, gehörte seit der Vereinigung der spanischen mit der portugiesischen Krone 1580 unter *Philipp II.* zu Spanien und verblieb auch nach der Auflösung der Verbindung beider Königreiche bei Spanien. Melilla, 12,3 qkm und 2001 etwa 68.800 Einwohner, wie Ceuta phönizischen Ursprungs, wurde 1497 von Spanien erobert. Diese als Hoheitsplätze (*Plazas de Soberanía, Presidios*) bezeichneten Territorien - nebst einigen kleineren Inseln bzw. Felsen (*Peñón de Vélez de la Gomera, Peñón de Alhucemas* und *Islas Chafarinas*; zusammen 1 qkm, und etwas mehr als 300 Einwohner) -, welche die Moslems durch Belagerung mehrfach (u. a. 1859 Krieg zwischen Spanien und dem Sultan von Marokko) zurückzuerobern versuchten, bilden seit langem einen Zankapfel zwischen Spanien und Marokko, das diese Gebiete für sich beansprucht. Aus spanischer Sicht waren Ceuta und Melilla seit ihrer Zugehörigkeit zur spanischen Krone stets Hoheitsplätze zur Verteidigung des nationalen Territoriums gegen die von der nordafrikanischen Küste aus operierenden und vom Osmanischen Reich unterstützten Korsaren, welche die Iberische Halbinsel bedrohten. Nie hätten sie die Funktion von Ausgangspunkten gehabt für eine weiterreichende Eroberung. Folglich hätten sie mit dem Kolonialismus des 19. Jahrhunderts nichts zu tun, worauf auch die Tatsache hinweist, dass beide Städte nicht Bestandteil des von Spanien seit 1912 über Nordmarokko ausgeübten Protektorats waren. Marokko hingegen begreift die spanischen Hoheitsplätze als anachronistische koloniale Überbleibsel, für die ein Prozess der Dekolonisierung einzuleiten sei, der letztlich in eine Reintegration dieser Gebiete in das marokkanische Mutterland einmünden müsse. Nach den Worten des 1999 verstorbenen König *Hassan II.* soll die „territoriale Integrität“ Marokkos wiederhergestellt werden. Auch sein Sohn und Nachfolger, König *Mohammed VI.*, hält mit denselben Worten an diesem Ziel fest. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass Marokko im Falle Ceutas zwischen 1780 und 1910 in zwölf Verträgen und Abkommen die spanische Souveränität anerkannt hat. Mit großer Wachsamkeit verfolgt Marokko daher den Fortgang der Gibraltarfrage. Bei einer künftigen Integration Gibaltars in Spanien dürfte man noch entschiedener als bisher die Rückkehr der Städte Ceuta und Melilla zu Marokko fordern. Spanien freilich weist jegliche Parallele zum Fall Gibraltar zurück, denn aus den bereits genannten Gründen könnten Ceuta und Melillas nicht unter dem Aspekt der Dekolonialisierung behandelt werden. Angesichts dieser heiklen politischen Konstellation ist es kein Wunder, dass beim Beitritt Spaniens zur NATO die übrigen Bündnispartner es ablehnten, die *Plazas de Soberanía*, in denen das spanische Militär stark präsent ist, in den Aktionsbereich der NATO mit einzubeziehen.

Die wirtschaftliche Basis von Ceuta und Melilla, die auch nach dem EU-Beitritt Spaniens Freihäfen blieben, bilden v. a. die öffentlichen Dienstleistungen, der Handel, aber auch der Tourismus und der über die Häfen abgewickelte Personen- und Gütertransport. Des Weiteren sind sie Horte des illegalen Drogenhandels und eines intensiven Schmuggels, der auf marokkanischem Territorium zum Entstehen von „Doppelstädten“ (Nador/Melilla, Fnideq/Ceuta) geführt hat, die als Verteilerzentren des legalen und illegalen Warenverkehrs dienen. Hauptproblem Ceutas und Melillas, wo die Zahl der moslemischen Einwohner in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat (2001: Ceuta ca. 20 % und Melilla rund 35 % Moslems), ist aber die ständig zunehmende illegale Einwanderung von Personen aus dem Maghreb und Schwarzafrika. Jährlich werden in beiden Städten rund 50.000 illegale Einwanderer aufgegriffen. Spanien versucht u. a. durch den 1996 erfolgten und von der EU ko-finanzierten Ausbau der Kontroll- und Sicherheitsanlagen dieser Problematik Herr zu werden. Melilla machte bereits Mitte der 1980er Jahre von sich reden, als es im Zusammenhang mit dem 1985 verkündeten Gesetz über die Rechte der Ausländer (*Ley de*

Extranjería) zwischen den spanischstämmigen und den sich diskriminiert sehenden moslemischen Bewohnern der Stadt zu schweren Unruhen kam. Im Oktober 1995 ergaben sich erneut gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und legalen/illegalen Einwanderern. Im März desselben Jahres erfolgte eine wichtige politisch-institutionelle Neuerung mit der Verabschiedung der Autonomiestatute von Ceuta und Melilla durch zwei Organgesetze des Spanischen Parlaments. Auf ihrer Grundlage konstituierten sich beide Städte zu sogenannten „Autonomen Städten“ (*Ciudades Autónomas*), die zwar über größere Befugnisse als die gewöhnlichen lokalen Gebietskörperschaften Spaniens verfügen, aber im Unterschied zu den Autonomen Gemeinschaften keinerlei legislative Kompetenzen besitzen. Wie verwundbar die spanisch-marokkanischen Beziehungen sind, zeigte sich, als am 11. Juli 2002 Angehörige der marokkanischen Gendarmerie die in der Nähe Ceutas gelegene Petersilieninsel (*Isla del Perejil*) besetzten. Über den Status des unbewohnten und nur 13,5 ha großen Eilands, das von Spanien verwaltet wird, besteht Unklarheit, da nach Lage der historisch-diplomatischen Quellen weder Marokko noch Spanien einen eindeutigen Besitzanspruch geltend machen können. Bereits eine Woche später endete diese Besetzung mit der Festnahme (und Überstellung an Marokko) der marokkanischen Gendarmen durch spanische Soldaten, welche die Insel mit Rückendeckung durch die EU („sofortiger Rückzug Marokkos“) und die NATO („Wiederherstellung des *status quo*“) wiederbesetzten. Endgültig beigelegt wurde die Krise jedoch erst am 20. Juli durch die diplomatische Vermittlung des US-Außenministers *Colin Powell*, als beide Konfliktparteien beschlossen, die Insel als neutrales Gebiet zu betrachten, auf dem keine Soldaten stationiert werden, was noch am selben Tag zum Abzug der spanischen Truppen von der Insel führte.

5. Entwicklungspolitik

Instrumente der öffentlichen Entwicklungshilfe sind die 1988 gegründete Spanische Agentur für Internationale Kooperation (AECI), die von ihr funktional abhängigen, in den Zielländern der Entwicklungshilfe bestehenden Büros der Technischen Kooperation (OTC), das Gesetz über die Internationale Kooperation für die Entwicklung von 1998, welches für die entwicklungspolitischen Aktivitäten des öffentlichen und privaten Sektors Prinzipien und Ziele festlegt, sowie der im Jahr 2000 verabschiedete Leitplan für die Spanische Kooperation, der für die Periode 2001-2004 gültig ist. In ihm sind neben den geographischen und sektoralen Prioritäten insbesondere drei Prioritäten horizontaler Natur festgelegt: die Armutsbekämpfung, die Förderung der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern sowie der am Prinzip der Nachhaltigkeit orientierte Umgang mit der Umwelt. Nach Daten des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD belief sich 2000 die öffentliche Entwicklungshilfe Spaniens auf 1,319 Milliarden Euro. Hiervon entfielen auf die bilaterale Hilfe 60,9 % und 39,1 % auf die multilaterale Hilfe. Letztere fließt zu rund 75 % der EU Entwicklungspolitik zu; des Weiteren erhalten UNO, Weltbank und Regionale Entwicklungsbanken (v. a. die Interamerikanische Entwicklungsbank/BID) Zuweisungen. Nach Empfängerregionen verteilt sich die bilaterale Hilfe (Daten für 2000) in erster Linie auf Lateinamerika (41 %), es folgen Afrika (28 %), Asien (18 %), Europa (10 %) und der Nahe Osten (3 %). Ihre zehn Hauptempfängerländer waren 2000 (in dieser Reihenfolge) China, Honduras, Indonesien, Marokko, Bosnien-Herzegowina, Peru, Angola, die Dominikanische Republik, Bolivien und Mozambique. Über die Hälfte (53 %) der bilateralen Hilfe floss in den Bereich der sozialen Infrastrukturen und Dienstleistungen, insbesondere in Maßnahmen innerhalb der Sektoren Erziehung (21 %) und Gesundheit (12 %). Mit einem Anteil von 0,23 % (2001) am BSP liegt die öffentliche Entwicklungshilfe nach wie vor unter dem seit langem von den Vereinten Nationen festgelegten Ziel (0,7 % des BSP für Entwicklungshilfe).

Innerhalb der 22 – Mitgliedsländer des Ausschusses für Entwicklungshilfe DAC der OECD liegt Spanien mit diesem Anteil auf Platz 19. Zugleich war die öffentliche Entwicklungshilfe in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre (1996 nur noch 0,21 %) rückläufig, nachdem sie sich zuvor zwischen 1988 und 1994 vervierfacht und 1993 einen Anteil von 0,28 % des BSP erreicht hatte. Immerhin will Spanien, wie auf dem Internationalen Gipfel für Entwicklungsfinanzierung von Monterrey 2002 zugesagt, bis 2006 seine öffentliche Entwicklungshilfe auf 0,33 % des BSP erhöhen. Vom DAC wird u. a. bemängelt, dass Spanien bislang seine Hilfe mit etwa 40% nicht in genügendem Maße auf die ärmsten Länder konzentriert habe (2000, DAC - Durchschnittswert 59 %). Der Anteil der afrikanischen Länder südlich der Sahara ging von 1996 27 % auf 2000 16 % zurück. Es besteht eine starke Anbindung der öffentlichen Entwicklungshilfe an das Eigeninteresse der Förderung der spanischen Exporte in die Entwicklungsländer, die über den seit 1976 bestehenden Fonds für Entwicklungshilfe (FAD) erfolgt. Bei der Abwicklung der Entwicklungshilfe sind die Nichtstaatlichen Organisationen (gemeinhin NGOs) im Zuge der Reform des Subventionssystems (2001 rund 84 Mio. Euro) und der Kooperationsform immer wichtiger werdende Akteure. Sie können nun auch mit einer höheren finanziellen Dotierung ausgestattete, längerfristige Programme (für einen konkreten Sektor oder ein einziges Land) oder Strategien (auf verschiedene Sektoren und Länder bezogen) abwickeln, wenn sie jetzt restriktiver gehaltene Zugangsbedingungen erfüllen.

6. Verteidigungspolitik

Die zentralen Bereiche der Verteidigungspolitik sind die Sicherung der nationalen Verteidigung und die Aufgaben Spaniens als Mitglied des NATO-Bündnisses, dem es seit 1982 angehört. Hinzu kommen die Aktionen des Landes im Rahmen seiner Zugehörigkeit zur WEU (seit 1989) und zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE, seit 1992) sowie seiner Beteiligung an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). In zunehmendem Maße erfolgt auch der weltweite Einsatz der spanischen Streitkräfte für Missionen zur Friedensstiftung und Friedenssicherung oder humanitäre Hilfsaktionen, die im Auftrag der UNO und der NATO sowie zum Teil auch der WEU und OSZE durchgeführt werden. Schließlich ist auch hervorzuheben, dass zwischen Spanien und den USA, die seit 1953 Militärbasen in diesem Land unterhalten, seit langem eine enge verteidigungspolitische Zusammenarbeit besteht.

Aus historischen und geostrategischen Gründen, aber auch aufgrund der Einbindung des Landes in NATO und EU, richtet sich die Aufmerksamkeit der Verteidigungspolitik prioritär auf Europa, den atlantischen Raum und ganz besonders den westlichen Mittelmeerraum. In ihm wird seit dem nationalen Strategieplan von 1984 (*Plan Estratégico Conjunto*) die mögliche Hauptbedrohung des spanischen Territoriums verortet, die von den mit zahlreichen Problemen (demographische Explosion, islamischer Fundamentalismus, etc.) belasteten Maghreb-Staaten ausgeht. Die derzeit gültige sicherheitspolitische Konzeption der spanischen Verteidigungspolitik ist in der Richtlinie der Nationalen Verteidigung (*Directiva de Defensa Nacional*) von 2000 niedergelegt. Sie baut auf den entsprechenden Konzeptionen in den vorausgegangenen Richtlinien (von 1980, 1984, 1986, 1992 und 1996) und bestimmten verteidigungspolitischen Plänen (*Plan Meta* und *Plan Norte*) auf. Vor allem aber trägt sie den Veränderungen Rechnung, die sich aus der Einbindung des Landes in die wichtigsten internationalen Sicherheits- und Verteidigungsorganisationen sowie aus der Veränderung der weltpolitischen Situation seit den 1990er Jahren (u. a. Auflösung der Blöcke, neue Waffensysteme, Anschläge vom 11. September 2001) ergeben haben. Dementsprechend sind in ihr neben der klassischen Aufgabe der Verteidigung des spanischen Hoheitsgebiets, das Krisenmanagement, die Friedenserhaltung, die Verteidigung der Menschenrechte, die

Bekämpfung des internationalen Terrorismus und anderer neuer Risiken (u. a. illegaler Waffenhandel, Drogenhandel) als weitere zentrale Aktionsbereiche der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik verankert, in denen die spanischen Streitkräfte nunmehr weltweit eingesetzt werden können.

Spanien ist aus geostrategischen Gründen ein wichtiger Partner im NATO-Bündnis. Seine mediterran-atlantische Lage im Südwesten Europas weist ihm einerseits die Aufgabe des Schutzes der NATO-Südflanke (v. a. der Meerenge von Gibraltar) zu, andererseits spielen die Kanarischen Inseln eine wichtige Rolle für die Verteidigung der atlantischen Schifffahrtsrouten. 1988 wurden die Richtlinien des militärischen Beitrags Spaniens zum NATO-Bündnis verabschiedet. Konkret sind die Aufgaben der spanischen Streitkräfte im NATO-Bündnis folgende: a) die Verhinderung der Besetzung des nationalen Territoriums, b) Flotten- und Luftoperationen im Ost-Atlantik, c) Flotten- und Luftoperationen im westlichen Mittelmeer, d) die Kontrolle der geostrategisch wichtigen Meerenge von Gibraltar und ihrer Zugänge, e) die Kontrolle des Luftraums und die Luftverteidigung der unter der spanischen Verantwortung stehenden Zone sowie die Kooperation mit den benachbarten Zonen, f) die Bereitstellung des spanischen Territoriums als Raum für Durchmarsch, Unterstützung und Logistik der Nachhut, und g) seit der 1991 verabschiedeten NATO-Konzeption die Funktion der Vorhut zur Kontrolle der NATO-Südflanke.

Die unter b), c) und d) genannten Aufgaben beinhalten auch die Kontrolle und den Schutz des Seeverkehrs, die Seewacht, die lufttaktische Unterstützung der Flottenoperationen und Maßnahmen gegen Minen.

Im Vorfeld der seit 1999 wirksamen Zugehörigkeit Spaniens zur Integrierten Militärstruktur der NATO wurde nach einer Entscheidung des Nordatlantikrats vom Dezember 1997 in Retamares (bei Madrid) das Hauptquartier des Gemeinsamen Subregionalen Kommandos Südwest der NATO eingerichtet. Als eines der 20 Generalquartiere der seit 1997 bestehenden neuen Kommandostruktur der NATO ist es dem Regionalen Kommando Süd der NATO in Neapel unterstellt und für die Planung der kollektiven Verteidigungsaktionen verantwortlich, die sich im Raum des strategischen Interesses Spaniens (einschließlich der Kanarischen Inseln) vollziehen. Spanien wirkte an allen wichtigen militärischen Aktionen der NATO bzw. der UN mit, so im Golfkrieg 1991 und bei den Missionen im ehemaligen Jugoslawien. Im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der WEU ist Spanien zusammen mit Frankreich, Italien und Portugal an den multinationalen Verbänden *Eurofor* (Landstreitkräfte) und *Euromarfor* (Marine) beteiligt. Beide werden bei den im Petersberger Abkommen von 1992 vorgesehenen Aufgaben der Krisenbewältigung, der Friedenserhaltung und der humanitären Missionen tätig, die seit 2001 größtenteils von der EU wahrgenommen werden, während die WEU nur noch wenige Aufgaben wahrnimmt (u. a. Rüstungskoooperation). Spanien wurde bislang bei praktisch allen Aktionen der WEU aktiv, beispielsweise 1990-91 durch die Entsendung von Kriegsschiffen zur Sicherung der Schifffahrtsrouten und zur Überwachung des UN-Embargos gegen den Irak. Auch bei der im EU-Vertrag von Maastricht 1992 etablierten und im Amsterdamer Vertrag von 1997 verstärkten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) spielt Spanien eine aktive Rolle. Hervorzuheben ist hier die seit 1998 erfolgende Mitwirkung am 1992 gegründeten *Eurokorps*. Darüber hinaus ist Spanien auch Partner in zwei weiteren multinationalen Truppenverbänden, der Europäischen Gruppe der Luftstreitkräfte (mit Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Belgien und Holland) und den spanisch-italienischen See-, Land- und Luftstreitkräften.

Resumee

Das Panorama der spanischen Außen- und Sicherheitspolitik ist vielfältiger geworden, seit das Land wieder in den Kreis der westlichen Demokratien zurückgekehrt ist. Spanien ist von den UCD- und PSOE-Regierungen behutsam in die internationale Politik zurückgeführt worden. Im Mittelpunkt standen die Prozesse der Einbindung in das westliche Verteidigungsbündnis der NATO und in die EU. Beide Entscheidungen eröffneten der spanischen Außenpolitik neue Spielräume, in denen es als Akteur in Verfolg nationaler Interessen auftreten konnte. Allerdings zeigten sich einige Beziehungsfelder recht sperrig. In den bilateralen Beziehungen zu Marokko ist Spanien eher abhängig von den Wendungen der marokkanischen Außenpolitik geblieben. Mit der Spanien extrem belastenden illegalen Immigration hat Marokko ein Faustpfand in der Hand. In der Gibraltarfrage tut sich trotz verschiedener Versuche, Bewegung in die verzwickte Lage zu bringen, im Grunde nichts. Dagegen sind die Beziehungen zu Europa außerordentlich dynamisch verlaufen. Spanien hat seine Interessen in der EU hervorragend zur Geltung bringen können und durch seine Integration in die europäische Staatengemeinschaft erheblichen internationalen Handlungsspielraum gewonnen. Das hat sich vor allem in den Beziehungen zu Lateinamerika gezeigt, in denen Spanien für die EU eine Führungsrolle übernahm und die Außenorientierung der EU gegenüber Entwicklungsländern auf Lateinamerika umlenken konnte. Auch konnten die in der Bevölkerung äußerst kritisch betrachteten Beziehungen zu den USA durch eine in die europäische Option eingebettete Politik entkrampft werden. Es war deshalb nur konsequent, die Hinwendung zu Europa, den *europeismo*, zu einem der Grundpfeiler der spanischen Außenpolitik zu erklären (Enrique Barón Crespo, in *El País*, 12.06.2003). Die Europaorientierung der spanischen Außen- und Sicherheitspolitik zog auch eine Europäisierung dieser policies nach sich, eine Anpassung der speziellen nationalen Interessen an Europa, zumal Spanien seinerzeit zu den Integrationisten im Gegensatz zu den Intergouvernementalisten der Europäischen Politischen Zusammenarbeit gehörte (vgl. Barbé 1995). Im Bewusstsein von der für Spanien höchst einträglichen Europaorientierung haben die UCD- und die PSOE-Regierungen auch die bilateralen Beziehungen zu den Mitgliedern der EU gepflegt. U. a. wurde mit den Jahren das spannungsreiche Verhältnis zu Frankreich verbessert, an dem Spanien wegen der baskischen Frage (Frankreich diente den ETA-Terroristen als Rückzugsraum, von dem aus sie gewalttätige Aktionen in Spanien planten) sehr gelegen war.

Mit der Regierungswechsel 1996 trat die Generation, welche konsensorientiert die demokratische Transition bewerkstelligte, von den Schalthebeln der spanischen Außen- und Sicherheitspolitik ab. Sowohl in der Europapolitik als auch in den atlantischen Beziehungen wurden nach anfänglichen Kontinuitätsanzeichen neue Akzente gesetzt. Sie wurden besonders sichtbar, als Madrid, anstatt weiterhin die guten Beziehungen zu Deutschland und Frankreich, zu der für den Integrationsprozess entscheidenden Achse Paris – Berlin zu pflegen, nun in Verfolg der erste Liga-Strategie an einer eigenen Achse mit London baute. Dabei blieb unberücksichtigt, dass Großbritannien sich ja weder durch eine Vorreiterrolle in der europäischen Integration auszeichnet noch sich bislang als Förderer spanischer Interessen in der EU hervorgetan hatte. Fragen der Machtverteilung innerhalb der EU ließen Wahrnehmungen der effektiven Gewinne, die Spanien bislang mit seiner moderaten Politik aus der EU-Mitgliedschaft gezogen hat, in den Hintergrund treten. Solidarität wird von Anderen erwartet, das entsprechende Prinzip von Spanien dann bemüht, wenn es um die Verteidigung der Finanzhilfen der EU-Regionalpolitik an die eigenen Regionen geht. Der im Gegenzug im Rahmen der EU – Osterweiterung erwarteten Solidarität mit den rückständigen osteuropäischen Ländern steht Spanien eher reserviert gegenüber. Es ist zur Übernahme von Kosten nur wenig bereit. Diese Haltung des "Nehmen ist seeliger als Geben" ist innerspanisch im Autonomiestaat für die Finanzverteilung unter den Regionen seit seiner Einrichtung

kennzeichnend, löst folglich bei seiner Übertragung auf europäische Politik kaum Nachdenklichkeit aus. Frankreich und Deutschland werden jedoch ihre Beziehungen zu Spanien zu überdenken haben, insbesondere Deutschland, das als Hauptnettozahler der EU gerade von Spanien als dem Hauptnettoempfängerland eine sensiblere Behandlung erwarten dürfte. In der Europapolitik, speziell auch bei der Reform der europäischen Institutionen, setzt Spanien nun, belegt durch seine Verhandlungsstrategie in Nizza, mehr auf Intergouvernementalität. Diese Methode erlaubt es, mit dem Veto (*minoría de bloqueo*) Politik zu machen, im Gegensatz zur Gemeinschaftsmethode, in der integrativ nach Mehrheiten entschieden wird. In den atlantischen Beziehungen war es erst der Irak-Konflikt, der die neue spanische Außen- und Sicherheitspolitik allenthalben sichtbar werden ließ. Spanien optierte in Verfolg der erste Liga-Strategie statt für die europäische für die atlantische Karte. Das Pentagon "always considered Socialist Spain a second-class ally" (Sahagún 2000: 163). Ob sich daran etwas ändern wird, ist ebenso fraglich wie, ob der bedingungslose und nahezu unterwürfige Schulterschluss mit den USA vor, während und nach dem Irak-Krieg Spaniens internationales Prestige anheben kann. Ein Beispiel mag der Nahost-Konflikt bieten. Madrid war, wie oben erwähnt, Tagungsort der ersten Nahost-Friedenskonferenz als Mittelmacht und aufgrund der Äquidistanz, die es zu den Konfliktparteien pflegte. Die Bemühungen *Aznars*, Madrid zum Verhandlungsort einer weiteren Nahostkonferenz zu machen, werden - wenn überhaupt - nicht mehr aufgrund der gleichen Ausgangsbedingungen erfolgreich sein, sondern allenfalls in Abhängigkeit vom Willen der USA. Um im sportlichen Bild zu bleiben, Spanien schießt außenpolitisch Eigentore oder solche, die nicht zählen. So ist auch fraglich, ob die Strategie, die Baskenfrage zu internationalisieren, indem der Eta-Terrorismus auf eine Ebene mit dem internationalen Terrorismus gehoben wird, erfolgreich sein kann, zumal wenn diese Strategie mit der Aufgabe des Versuchs einhergeht, zusammen mit den gemäßigten baskischen Nationalismus eine politische Lösung zu suchen. Dieser Nationalismus wird von *Aznar* vielmehr international zu isolieren versucht (auf Betreiben des PP Ausschluss der Baskischen Nationalpartei PNV aus der Christdemokratischen Internationale) und national in ein Bündnis mit dem gewalttätigen Nationalismus gedrängt.

Die Außen- und Sicherheitspolitik Spaniens ist letztlich nicht losgelöst von den innenpolitischen Entwicklungstendenzen zu betrachten. In Weltbildern, Politikinhalt und Politikstil prägt heute eine politische Rechte das Land, die viel autoritäre Tradition verkörpert. *Aznars* Irak-Politik wurde in verfassungsrechtlich bedenklicher Weise an den *Cortes* vorbei betrieben. Der Rechts-Links Gegensatz hat derart zugenommen, dass bei den historisch gebildeten Beobachtern Erinnerungen an die beiden unversöhnlichen Spanien wachgerufen werden, deren Polarisierung den Weg des Landes in die Moderne so schwierig gemacht haben. Ein erneuter Politikwechsel ist gegenwärtig jedoch nicht in Sicht. Die spanische Gesellschaft ist zu sehr damit beschäftigt, den enormen Wandel zu verkraften, den die bürgerlichen Freiheiten und die europäische Integration ihr gebracht haben (s. López-Casero / Bernecker / Waldmann 1994). Die politische Opposition, immer wieder in Skandale verwickelt, kämpft hauptsächlich mit sich selbst. Allein die Medien berichten und kommentieren - relativ wirkungslos. Da *Aznar* seine Regierungszeit auf zwei Amtsperioden beschränkt hat, wird man abwarten müssen, ob sein designierter Nachfolger, Mariano Rajoy - nach schöner autoritärer Manier (wie im ehemals autoritären Mexiko) vom gegenwärtigen Machthaber mit dem Fingerzeig, dem *dedazo*, auserkoren - tatsächlich die nächsten *Cortes* - Wahlen gewinnen kann und, wie angekündigt, *Aznars* Politik nahtlos fortsetzen wird. Die große Unbekannte ist gegenwärtig (September 2003), wie Spanien aus seinem Engagement im Irak hervorgeht. Die Außen- und Sicherheitspolitik kann die inneren Machtverhältnisse kippen.

Literatur

Armero, José Mario (1989): Política exterior de España en democracia, Madrid.

Banús, Enrique (2002): Dabei sein ist (fast) alles: 15 Jahre spanische EU-Mitgliedschaft, in: WeltTrends 34: 81 – 94.

Barbé, Esther (1995): European Political Cooperation. The Upgrading of Spanish Foreign Policy, in: Gillespie, R. / Rodrigo, F. / Story, J. (Hrsg.): Democratic Spain. Reshaping External Relations in a Changing World, London, 106 – 122..

Barbé, Esther (1996): Spain. The Uses of Foreign Policy Cooperation, in: Hill, Christopher (Hrsg.): The Actors in Europe's Foreign Policy, London: 108 – 129.

Barbé, Esther (1998): Spanish Security Policy and the Mediterranean Question, in: Eliassen, K. A. (Hrsg.): Foreign and Security Policy in the European Union, London, 147 – 160.

Barbé, Esther (2000): Spain and CFSP: The Emergence of a 'Major Player'?, in: Mediterranean Politics (5) 2: 44-63.

Barbé, Esther (2001): Spanien: Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der EU, in: Weidenfeld, W. / Wessels, W. (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration, Bonn:377 – 384.

Calduch, Rafael (1994): La política exterior española en el siglo XX, Madrid.

Closa, Carlos (2001): The Domestic Basis of Spanish European Policy and the Presidency. Groupement d'Etude et de Recherches, European Studies, No. 16.

de Luis, Juan (1992): Spanish Views on the Future of West European Security and Defence Cooperation, in: Schmidt, P. (Hrsg.): In the Midst of Change: On the Development of West European Security and Defence Cooperation, Baden-Baden 103-133.

Fischer, Martina (1998): Zur Bedeutung der Armee im nachfranquistischen Spanien: Bruch und Kontinuität im Verhältnis von Militär und Gesellschaft, in: Bernecker, W. L. / Discherl, K. (Hrsg.), Spanien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur, Frankfurt / Main, 191-224

Gillespie, Richard / Rodrigo, Fernando / Story, Jonathan (Hrsg.) (1995): Democratic Spain. Reshaping External Relations in a Changing World, London.

Kennedy, Paul (2000): Spain, in: Manners, I. / Whitman, R. G. (Hrsg.) The Foreign Policies of the European Member States, Manchester: 105 -127.

Kneuer, Marianne (2000): Auf dem Weg in die erste Reihe. Die politische Meinung, Nr. 366, Mai 2000, 55 – 62.

López-Casero, Francisco / Bernecker, Walther L. / Waldmann, P. (Hrsg.) (1994): El precio de la modernización. Formas y retos del cambio de valores en la España de hoy, Frankfurt / Main.

- Marquina, Antonio (1991): Spanish Foreign and Defence Policy since Democratization, in: Maxwell, K. (Hrsg.): Spanish Foreign and Defence Policy, Boulder: 19 – 62.
- Maxwell, Kenneth (1991): Spain – From Isolation to Influence, in: Ders. (Hrsg.): Spanish Foreign and Defence Policy, Boulder: 1 – 18.
- Mesa, Roberto (1996): La reinención de la política exterior española, Madrid.
- Mesa, Roberto (1988): Democracia y política exterior en España, Madrid.
- Meyer, Frank (1998): Gibraltar – Vom kolonialen Garnisonsstandort zum europäischen Finanzzentrum ?, in: Geographische Rundschau 6, 330-336.
- Niehus, Gerlinde Freia (1991): Die Außenpolitik Spaniens nach Franco, in: Bernecker, W. L. / Ohrlein, J. (Hrsg.): Spanien heute, Frankfurt/Main: 225 – 263.
- Nohlen, Dieter / Hildenbrand, Andreas (2004): Spanien. Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, 2. aktualisierte Aufl., Opladen: Leske und Budrich.
- Núñez Villaverde, Jesús A./Hernando de Laramendi, Miguel (1996): La política exterior y de cooperación de España hacia el Magreb, Madrid.
- Popp, Herbert (1998): Die EU in Nordafrika – die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla, in: Geographische Rundschau 6, 337-344.
- Powell, Charles T. (1995): Spain's External Relations 1998 – 1975, in: Gillespie, R. / Rodrigo, F. / Story, J. (Hrsg.): Democratic Spain. Reshaping External Relations in a Changing World, London: 11 – 29.
- Sahagún, Felipe (2000): Spain and the United States, in: Mediterranean Politics (5) 2: 148 – 169.
- Story, Jonathan (1995): Spain's External Relations Redefined: 1975-89, in: Gillespie, R. / Rodrigo, F. / Story, J. (Hrsg.): Democratic Spain. Reshaping External Relations in a Changing World, London: 30 – 49.
- Viñas, Angel (1993): Aussenpolitik in der Übergangsphase, in: Bernecker, W.L./Collado Seidel, C. (Hrsg.): Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1992, München, 212-230.